Kleine Anfrage

der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales und Integration

Medizinische Versorgung von transgeschlechtlichen Personen sicherstellen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern kommt die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg ihrem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag bezüglich der Bartepilation von Transsexuellen nach?
2. Was hat das Ministerium für Soziales und Integration als Aufsichtsbehörde bisher unternommen, um einen diesbezüglich vorhandenen Systemmangel zu beseitigen?
3. Welche Ansätze verfolgt das Ministerium, um hier zu einer Lösung zu kommen?

11. 05. 2020

Lösch GRÜNE

Begründung

Nach gängiger Rechtsprechung und Literatur besteht kein Zweifel, dass transsexuelle Versicherte auf der Grundlage von § 27 Absatz 1 Sozialgesetzbuch (SGB) V einen Anspruch auf geschlechtsangleichende Behandlungsmaßnahmen einschließlich der Epilation der Barthaare haben. In der Behandlungsleitlinie „Geschlechtssinkongruenz, Geschlechtsdysphorie und TransGesundheit: S3-Leitlinie zur Diagnostik, Beratung und Behandlung“ wird die Versorgungssituation wie folgt beschrieben: „Im Zusammenhang mit der Epilation der Barthaare ist in Deutschland seit vielen Jahren die Situation einer strukturellen Diskriminierung der Behandlungssuchenden gegeben (Fuchs et al., 2012; Neander, 2014). Der Zugang zur medizinisch notwendigen Behandlung ist in vielen Fällen erheblich erschwert oder nicht gewährleistet (ebd.).“ Seitdem scheint sich die Situation nach Auffassung

Eingegangen: 11.05.2020/Ausgegeben: 22.06.2020

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

der Fragestellerin nicht zu verbessern. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) hat dabei nach § 72 SGB V die vertragsärztliche Versorgung so zu regeln, dass eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten Stands der medizinischen Erkenntnisse gewährleistet ist und die ärztlichen Leistungen angemessen vergütet werden.

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) als Körperschaft des öffentlichen Rechts unterliegt der Rechtsaufsicht des Ministeriums für Soziales und Integration. Diesem Sicherstellungsauftrag kommt die KVBW bei der Bartepilation von Transsexuellen nach Auffassung der Fragestellerin nicht nach. Zwar haben versicherte Transsexuelle grundsätzlich Anspruch auf Behandlung mittels Barthaarepilation zur dauerhaften Entfernung der Barthaare als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung. Doch die vorgesehenen Behandlungszeiten bei den infrage kommenden Abrechnungsschlüsseln sind nicht praktikabel und die Kostensätze für die Ärztinnen/Ärzte nicht kostendeckend, sodass sich kein Arzt findet, welcher die Behandlung als Kassenleistung anbietet. Betroffene können sich daher in der Regel nur privatärztlich oder bei ausgebildeten Elektrologistinnen/Elektrologen versorgen lassen. Dieser Systemmangel führt nach Auffassung der Fragestellerin dazu, dass die Betroffenen in sehr aufwändigen, teilweise gerichtlichen Verfahren ihren Rechtsanspruch durchsetzen müssen.

Antwort

Mit Schreiben vom 16. Juni 2020 Nr. 53-0141.5-016/8086 beantwortet das Ministerium für Soziales und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern kommt die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg ihrem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag bezüglich der Bartepilation von Transsexuellen nach?

Infolge einer Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM) zum 1. Oktober 2017 ist im Rahmen eines Mann-zu-Frau-Transsexualismus mit geschlechtsangleichenden Maßnahmen die Laserepilation als vertragsärztliche Leistung extrabudgetär über den EBM zulasten der Gesetzlichen Krankenversicherung abrechenbar. Die vier neuen Gebührenpositionen können von Hautärztinnen und Hautärzten, Chirurginnen und Chirurgen bzw. Gynäkologinnen und Gynäkologen für die Epilation im Gesicht und/oder am Hals sowie an einer Hand und/oder den Händen berechnet werden.

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) teilt mit, dass in Baden-Württemberg im vierten Quartal 2019 zehn Arztpraxen die Leistung „Epilation mittels Lasertherapie bei Mann-zu-Frau-Transsexualismus“ vertragsärztlich abgerechnet haben. Aus der Abrechnungstatistik der KVBW ist ersichtlich, dass die Anzahl der abrechnenden Praxen von einer Praxis im Jahr 2018 über sechs Praxen im ersten Quartal 2019 auf zehn Praxen im vierten Quartal 2019 gestiegen ist.

Aufgrund der o. g. EBM-Regelung können die o. g. vertragsärztlichen Facharztgruppen die Epilation mittels Lasertherapie als Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung anbieten, sofern sich die Praxisinhaberinnen und -inhaber dafür entscheiden, die entsprechende Infrastruktur zur Behandlung der Patientinnen und Patienten anzuschaffen.

Bartepilation bei Transsexuellen ist eine fachärztliche Leistung. Seit 2016 umfasst der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen ausdrücklich auch die angemessene und zeitnahe Zurverfügungstellung der fachärztlichen Versorgung. Hierzu haben die Kassenärztlichen Vereinigungen Terminalservicestellen (TSS) eingerichtet. Da es in Baden-Württemberg zehn Facharztpraxen gibt, die mit Laserepilation Transsexuelle behandeln, könnten sich Betroffene, mit einer hausärztlichen Überweisung durch die TSS einen Termin bei einem dieser zehn Vertragsarztpraxen vermitteln lassen. Nach Auffassung der Landesregierung kommt daher die KVBW ihrem Sicherstellungsauftrag nach.

Neben der TSS verfügt die KVBW auch über das Patiententelefon „MedCall“, bei welchem sich Bürgerinnen und Bürger u. a. über besondere Behandlungsmethoden informieren können. Die KVBW hat angekündigt, dass sie die Kontaktdaten der Laserepilation bei Transsexuellen durchführenden Praxen sowohl bei der TSS als auch bei MedCall hinterlegen werde, sodass Anrufende im Bedarfsfall bei beiden Stellen eine entsprechende Auskunft erhalten und an diese Praxen verwiesen werden können. Im Falle, dass bei der TSS Terminmeldungen für die Laserepilation vorliegen, könne auch ein entsprechender Termin direkt eingebucht werden.

2. Was hat das Ministerium für Soziales und Integration als Aufsichtsbehörde bisher unternommen, um einen diesbezüglich vorhandenen Systemmangel zu beseitigen?

3. Welche Ansätze verfolgt das Ministerium, um hier zu einer Lösung zu kommen?

Der Leistungsanspruch gesetzlich Krankenversicherter auf bestimmte Behandlungen oder Untersuchungen in der vertragsärztlichen Versorgung wird im Rahmen des Selbstverwaltungsprinzips vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) in verbindlichen Richtlinien näher konkretisiert.

Gesetzlich Versicherte haben im Rahmen eines Mann-zu-Frau-Transsexualismus mit geschlechtsangleichenden Maßnahmen Anspruch auf Laserepilation als vertragsärztliche Leistung. In Baden-Württemberg stehen gesetzlich Versicherten derzeit zehn Vertragsarztpraxen zur Verfügung. Seit Aufnahme der Leistung in den EBM im Jahr 2017 nimmt die Anzahl der leistungsbereiten Vertragsarztpraxen stetig zu. Aus Sicht der Landesregierung liegt daher kein vertragsärztliches Systemversagen vor.

Wenn der G-BA neue Leistungen in die ambulante Versorgung einführt, entscheidet der Bewertungsausschuss über deren Vergütung durch Anpassung des EBM. Der Bewertungsausschuss ist ein Gremium der Selbstverwaltung auf Bundesebene des Gesundheitswesens und wird von GKV-Spitzenverband und Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV) paritätisch besetzt.

Erweist sich, dass betroffene Patientinnen und Patienten – trotz der vorhandenen Praxen und der Vermittlungstätigkeit der Terminservicestelle – keine leistungsbereiten Vertragsärztinnen und Vertragsärzte finden, weil bspw. die im EBM festgelegte Vergütungen zu knapp kalkuliert sind, dann kann die KBV im Bewertungsausschuss, unter Darlegung reeller Kostenstrukturen, darauf hinwirken, die einschlägigen Gebührenpositionen im EBM anzuheben. Da der Bewertungsausschuss ein Gremium der Selbstverwaltung auf Bundesebene ist, hat die Landesregierung keinen unmittelbaren Einfluss auf eine Anpassung des EBM.

Lucha

Minister für Soziales
und Integration